

Hochschulen - für Gebührenfreiheit und freien Zugang

Die Hochschulen wurden in den letzten Jahren immer mehr verschult. Das selbstbestimmte und kooperative Lernen und Forschen wird zunehmend der wirtschaftlichen Wertbarkeit des Studiums geopfert. Beispiele dafür sind die scharfen Ausschlusskriterien beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang oder auch die immer stärkere Vermischung von universitärer mit unternehmerischer Forschung. Die Stiftungsuniversitäten zeigen die klare Tendenz zur Vermarktung von Bildung und Forschung.



Foto: Deutsche Welle

DIE LINKE fordert Hochschulen, die freie und kritische Wissenschaft ermöglichen und ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit der Studierenden gewährleisten.

Das Hochschulwesen bedarf einer umfassenden Demokratisierung. Studierende und wissenschaftliches Personal müssen über ihr Arbeits- und Lernumfeld umfassend mitbestimmen können. Hochschulen sind Keimzellen des Wissens, der gesellschaftlichen Entwicklung und des Fortschritts. Deshalb darf die Hochschule nicht nur Eliten zur Verfügung stehen und unprofitable Themengebiete ausgrenzen. Eine reformierte Studienfinanzierung (garantierte Grundsicherung) muss unabhängig vom Elternhaus den Zugang aller zu den Hochschulen garantieren.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und den Ausbau des Wissenschaftsraums Schleswig-Holstein ein. Wir stellen uns allen Versuchen entgegen, die universitäre Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein zu zerstören. Die drei Universitäten und elf Kunst- und Fachhochschulen des Landes müssen erhalten bleiben.

Zusammenarbeit von Bund und Ländern stärken

Das sogenannte Kooperationsverbot der Föderalismusreform verbietet zur Zeit direkte Bildungsfinanzierung durch den Bund. Gute Bildung für alle kann aber nur durch eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Bund und Ländern garantiert werden. DIE LINKE fordert deshalb die Aufhebung des Kooperationsverbotes. Nur gemeinsam können Bund und Länder die Bildungsmisere bekämpfen.

Gute Bildung ist nicht umsonst

Die soziale Herkunft der Kinder ist in Schleswig-Holstein stärker als in anderen Ländern verantwortlich für die Art des Bildungsabschlusses. Dies sind die erschreckenden Ergebnisse des OECD-Ländervergleichs. Dennoch werden in Schleswig-Holstein weitere Kürzungen bei der Bildung vorgenommen. So sollen bis 2020 insgesamt 3650 Lehrerinnen- und Lehrerstellen abgebaut werden.

Dies ist Ausdruck der falschen und sozial ungerechten Bildungspolitik in unserem Land. Die Kürzungen von gestern und heute erzeugen die Bildungsdefizite von heute und morgen. Kürzungen im Bildungsbereich haben Mehrausgaben in den kommenden Jahren zur Folge. Sie verhindern ein verlässliches und verantwortungsvolles Handeln gegenüber Lernenden und Lehrenden.

DIE LINKE fordert qualitative und kostenlose Bildung für alle von der KiTa bis zur Hochschule.

Für DIE LINKE ist Bildungspolitik eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe, die die Interessen aller Beteiligten berücksichtigen muss.

DIE LINKE fordert eine Bildungspolitik, die gerecht und zukunftsorientiert umgesetzt wird.

Gute Bildung und Chancengleichheit sind die Grundsteine für eine gerechte Gesellschaft.

DIE LINKE.

Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

DIE LINKE. Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
V.i.S.d.P.: Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70 | 24105 Kiel
Tel.: 0431-9881600 | info@linke.ltsh.de | www.linksfraktion-sh.de

Bildungspolitik in Schleswig-Holstein braucht eine verantwortungsvolle Neuorientierung

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag



Foto: Milestoned/flickr

Gute Bildung für ALLE

Liebe Leserinnen und Leser,

ohne Bildung gibt es keine Zukunft. Bildung ist der erste Baustein für eine solidarische, gerechte und friedvolle Gesellschaft. Eine gute Bildung ist sowohl die Grundlage für die Entwicklung und Entfaltung der Einzelnen und des Einzelnen, als auch der Gesellschaft insgesamt. Sie ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss jedem und jeder frei zugänglich sein. Speziell in Deutschland aber ist der Zugang zur Bildung und der Bildungserfolg immer noch eng mit der sozialen Herkunft verknüpft.

Talente und Motivation genügen längst nicht, um an deutschen Schulen erfolgreich zu sein. Das deutsche Bildungssystem hält im Wesentlichen an der frühzeitigen Aussortierung von Schülerinnen und Schülern fest und manifestiert somit Bildungs- und soziale Ungerechtigkeit. DIE LINKE in Schleswig-Holstein setzt sich für eine zeitgemäße und verantwortungsvolle Bildungspolitik ein und hat für die Umsetzung konkrete Vorschläge.

LINKE Positionen für eine gerechte Bildungspolitik in Schleswig-Holstein:

Frühkindliche Förderung statt Ausgrenzung

Schleswig-Holstein liegt bei der Betreuung der unter Dreijährigen im bundesweiten Vergleich auf den hinteren Plätzen. Für DIE LINKE beginnt Bildungsgerechtigkeit mit einem Rechtsanspruch auf individuelle Förderung im vorschulischen Bereich. Auch im Bereich der Sprachförderung besteht dringender Handlungsbedarf. Davon profitieren alle Kinder, sowohl muttersprachliche als auch Kinder mit Migrationshintergrund.



Foto: flickr@woodleywonderworks

Deshalb fordert DIE LINKE den flächendeckenden Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote und den gebührenfreien Zugang von allen Kindern zu einer dreijährigen Ganztagsbetreuung.

Längeres gemeinsames Lernen

Das mehrgliedrige Schulsystem verstärkt und manifestiert die soziale Spaltung der Gesellschaft. Die Trennung mit 10 Jahren und die Einsortierung in unterschiedliche Bildungswege werden den Kindern nicht gerecht. Zudem haben Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien im Vergleich zu Akademikerkindern eine deutlich geringere Chance auf einen höheren Bildungsabschluss – und das bei gleicher Leistung!

Schule muss das Ziel haben, alle Kinder individuell zu fördern und sie in ihrer Entwicklung zu mündigen und engagierten Menschen zu unterstützen.

DIE LINKE fordert deshalb „Eine Schule für alle“ bis Klasse 10 mit binnendifferenziertem Lernen. Von einer gemeinsamen Beschulung profitieren sowohl schwächere als auch stärkere Schülerinnen und Schüler. Zudem verhindert sie die Auflösung gewachsener sozialer Strukturen. Dabei darf kein Kind zurückgelassen werden. Schule muss deshalb inklusiv – das heißt: alle Kinder einschließend – sein. Neben dem Wissenserwerb müssen grundlegende Kompetenzen wie kritisches und problemübergreifendes Denken erworben werden. Sowohl die SchülerInnenbeförderung, als auch das Mittagessen und die Lehr- und Lernmittel müssen kostenfrei sein.



Grafik: Hall@Linksfraktion SH

Ganztagsangebote stärken

Bildung braucht Zeit. Die starre 45-Minutentaktung und ein gegen Mittag endender Schultag werden den heutigen vielfältigen Anforderungen nicht gerecht. Statt Stundenausfall und Unterrichtsverdichtung fordert DIE LINKE mehr Zeit für Bildung und eine Ganztagsbeschulung. Sowohl Bildungsinhalte als auch soziale, künstlerische, kulturelle und sportliche Kompetenzen können so optimal gefördert werden. In den Schultag integrierte individuelle Unterstützungsangebote ersetzen kostspieligen Nachhilfeunterricht, den sich nur wohlhabende Familien leisten können. Durch vielfältige Kooperationspartnerschaften wird das gesellschaftliche Umfeld in die schulische Arbeit einbezogen.

Weitere strukturelle Maßnahmen für eine gerechte Schulpolitik :

- Kein Abbau des Lehrpersonals und zeitgemäße Ausbildung, gerechtes Entlohnungssystem, Absenkung der Arbeitsbelastung, Reduzierung der Pflichtstunden.
- Senkung der Klassenfrequenz, Erhöhung Vertretungsfonds, bessere technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen.
- Mehr Mitsprache für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern.

Berufliche Aus- und Weiterbildung sichern

Noch immer gibt es in Schleswig-Holstein viel zu viele Jugendliche ohne Lehrstelle. Grund dafür ist die Weigerung vieler Betriebe, junge Menschen auszubilden. DIE LINKE fordert daher einen Rechtsanspruch auf berufliche Erstausbildung. Durch eine Ausbildungsplatzumlage können ausbildende Unternehmen unterstützt werden und Ausbildungsanreize für weitere Betriebe geschaffen werden.

DIE LINKE versteht das Lernen als lebenslangen Prozess. Angebote in der Fort- und Weiterbildung müssen verlässlich finanziert und flächendeckend gewährleistet werden. Dazu gehört auch die Wahrung der beruflichen Bildungsfreistellung verlässlich zu finanzieren und flächendeckend für die gesamte Bevölkerung Schleswig-Holsteins sicherzustellen. Dafür muss die berufliche Bildungsfreistellung gewährleistet sein. Nur so kann die Weiterbildungsbeteiligung nachhaltig sichergestellt und der Selektion in der Fort- und Weiterbildung entgegengewirkt werden.



Foto: Hall@Linksfraktion SH